

Antragsteller: Jürgen Lohmüller
Antrag an die Kreismitgliederversammlung DIE LINKE.München
am 23. Okt. 2016:

Armut im reichen München – Tausende Münchner müssen endlich aus der Hartz-IV-Falle

DIE LINKE. München entsetzt über die aktuelle und nach wie vor hohe Zahl von Menschen, die entweder durch langjährige Arbeitslosigkeit oder durch Lebensumstände wie Trennung vom Ehepartner und mit Kindern alleinerziehend zu sein, unter die Armuts Grenze gerutscht sind bzw. dort schon länger „festsitzen“.

Noch immer (Sept. 2016) sind in München rund 42 000 Menschen arbeitslos gemeldet, davon mehr als 23 000 seit mehr als einem Jahr! Im jüngsten Bericht der Landeshauptstadt über die soziale und gesundheitliche Lage der Münchnerinnen und Münchner wird dies wieder einmal besonders deutlich: immerhin 17 Prozent der befragten Haushalte gehören in die Kategorie „arme Haushalte“, 49 Prozent zählen zur „unteren Mitte“. Also geht es rund zwei Dritteln der Haushalte schlicht nicht gut. Besonders bemerkenswert ist eine weitere Zahl: 42 Prozent der Alleinerziehenden leben in armen Haushalten!

Einer der wesentlichen Gründe für Armut ist entweder, dass die oder der Betroffene – meist seit Jahren – keine Arbeit findet oder aber deshalb keine auskömmliche Arbeit aufnehmen kann, da Kinder zu versorgen sind.

Weder ist es ein Naturgesetz, dass „einmal arbeitslos immer arbeitslos“ bedeuten muss, noch dass Kindererziehung durch einen einzelnen Elternteil heißen muss, keine vernünftige Erwerbsgrundlage mehr zu haben. Vielmehr können durch einen vernünftig organisierten – u.a. im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse - „betreuten Arbeitsmarkt“ in mehreren Phasen durch Stabilisierung, Qualifizierung und schließlich Vermittlung auch Langzeitarbeitslosen wieder Perspektiven und Chancen gegeben werden. Dazu gehört auch, dass im Rahmen solcher öffentlich geförderter Beschäftigung für eine Kinderbetreuung gesorgt wird, so dass auch alleinerziehende Mütter und Väter sich stressfrei einer solchen Erwerbstätigkeit widmen können.

Statt im Bundesarbeitsministerium immer neue Modellprojekte anzuzetteln, die meist zeitlich beschränkt sind und die Finanzmittel von anderen Haushaltstiteln und Projekten nur umverteilen, muss endlich wieder sowohl auf Bundesebene durch die Arbeitsagenturen und ihre Maßnahmeträger als auch auf kommunaler Ebene eine verlässliche Planung geeigneter langfristiger Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen ermöglicht werden.

DIE LINKE. München setzt sich dafür ein, dass auf Bundesebene wieder die gesetzlichen Grundlagen für eine echte und nachhaltige Arbeitsförderung geschaffen und dass auf kommunaler Ebene die Ansätze gestärkt werden, die für die weitgehend vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen eine längerfristige Eingliederung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen.